

Danziger Zeitung.

Nr. 18847.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagengasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

München, 12. April. Der Kaiser von Oesterreich ist heute früh 6¼ Uhr hier eingetroffen und am Bahnhofe von dem Prinzen Leopold, der Prinzessin Gisela und den Mitgliedern der österreichischen Gesandtschaft empfangen worden.

Wien, 11. April. In sämtlichen Bezirksauschüssen siegten bei den Stichwahlen die Liberalen gegen die antilemischen Candidaten.

Haag, 11. April. Die erste Kammer hat den Gesetzentwurf angenommen, welcher die Rübenzucker-Fabrikanten zu einer Supplementär-Steuer heranzieht, falls das Ergebnis der Zuckersteuer den Betrag von 8½ Millionen Gulden nicht erreichen sollte.

Paris, 12. April. Eine Note erklärt die von dem Correspondenten des „Temps“ in Tongking gebrachte Nachricht für unbegründet, in welcher die Anwesenheit zahlreicher Schaaren von Seeräubern im Delta gemeldet wurde. Die Note sagt hierzu, die allgemeine Lage in Tongking habe sich seit Februar merklich gebessert.

Florenz, 12. April. Gestern fand die Schlußsitzung der evangelischen Allianz statt, worauf sich die Teilnehmer auf das Herzlichste von einander verabschiedeten.

Bukarest, 12. April. Andauernde Regengüsse haben in einigen Gegenden Rumäniens Hochwasser hervorgerufen, welches mehrfach Verkehrsstörungen zur Folge hatte. Aus dem Gebirge werden starke Schneefälle gemeldet.

Petersburg, 12. April. Der Staatssekretär des Großfürstenthums Finnland General Ernroth ist auf sein Ansuchen mit Ruhegehalt aus dem Dienste entlassen und sein bisheriger Adlatus General v. Daehn zum Staatssekretär in Finnland ernannt worden.

Ein kaiserlicher Erlass verbietet auf das Strengste jegliche Darbringung von Geschenken seitens der Unterbeamten an ihre Vorgesetzten und untersagt das willkürliche Begehen von Amtsjubiläen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 13. April.

Ruhe in der äußeren Politik.

Aus Berlin geht der Wiener „Polit. Correspond.“ ein bemerkenswerther officieller Artikel zu, welcher entschieden allen Beunruhigungsversuchen entgegensteht. Derselbe erinnert zunächst an einen Vorfall, welcher constatirt hatte, daß die damals herrschende Ruhe nicht etwa als eine Stille in dem Sturme zu bezeichnen sei, sondern daß vielmehr alle Anzeichen dafür sprächen, daß für absehbare Zeit an einen gewaltsamen Umschwung der politischen Lage nicht zu denken wäre. Dann fährt der Artikel fort:

„Seit dieser Zeit ist thatsächlich nichts vorgefallen, was die politische Lage wesentlich verändert hätte und doch zeigt sich die öffentliche Meinung heute beunruhigt und in verschiedenen Zeitungen wird auf verschiedene dunkle Punkte hingewiesen, die sich angeblich am politischen Horizont zeigen sollen. Demgegenüber ist es vielleicht nicht ohne Interesse, festzustellen, daß in diesem (Berliner) politischen Kreise von wirklichen Gründen zu neuen Beunruhigungen nichts bekannt ist. Dort hat man sich mit der allgemeinen Weltlage, wie sie sich seit Jahren langsam und fest gestaltet hat, abgefunden; man weiß, daß Europa als in zwei friedliche und das kriegerische, und man hofft, daß die friedlichen Elemente stark genug sind und für absehbare Zeit noch bleiben werden, um gegenüber den russischen Truppenbewegungen an der Grenze und den fortgesetzten französischen Drohungen mit einer Allianz zwischen Frankreich und Rußland, deren Spitze gegen Deutschland gerichtet sein würde, die bisher beobachtete Ruhe bewahren zu können. Daß die europäische Lage keine dauernd friedfertige und beruhigende sei, darüber hat sich niemand Illusionen hingeben können, der den Ereignissen in Rußland und Frankreich mit gebührender Aufmerksamkeit gefolgt ist; daß aber die Lage plötzlich eine noch unsicherere geworden sei, als sie es seit Jahren ist, darf als eine unbestätigte Behauptung bezeichnet werden. Die Gründe der Befürchtung beiseite gelassen, auf welche der Ablauf der Convention von Tophane vom 5. April 1886,

die Truppenbewegungen an der russischen Grenze, die Verleihung des Andreas-Ordens an den Präsidenten der französischen Republik — sind theils hinfällig geworden, denn Rußland denkt gar nicht daran, die bulgarische Frage in diesem Augenblick aufzurollen, theils kann denselben nur mit Unrecht die Bedeutung eines Novums beigegeben werden, wie dies in beunruhigender Weise während der letzten Tage geschehen ist.“

Die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen.

Nach einer Meldung der Wiener officiösen „Presse“ erwarten die deutschen Delegirten zu den Handelsvertragsverhandlungen noch eine Instruction aus Berlin; alsdann werde die Schlußredaction und Unterzeichnung des Vertrages und zwar letztere noch in diesem Monat erfolgen.

Vergeblicher Angriff der Conservativen bei der Landgemeindeordnung.

Das Abgeordnetenhaus war am Sonnabend nahezu vollzählig. Ein volles Haus und auf der Ministerbank Herr v. Caprioli — das sagt alles! Die Conservativen hatten auch vorgestern den besten Willen, der Regierung beim Herrn Minister Herrfurth eine neue Niederlage beizubringen — aber sie mußten es bei dem Versuche bewenden lassen. Als Herr v. Rauchhaupt erklärte, die conservative Partei werde bei ihrem Vorschlage verharren, das Cumulativstimmrecht der größeren Grundbesitzer durch den Kreisauschuss regeln zu lassen, antwortete, wie schon gemeldet, Herr v. Herrfurth, der sich von seinem Umwohler vollständig wieder erholt hatte, auch die Staatsregierung halte an ihrer Vorlage fest, und das habe zunächst die Wirkung, daß das Centrum abschwänkte und seine Bundesgenossen auf der Rechten im Stich ließ. Herr v. Huene hatte zwar noch einen besonderen Verschleierungsantrag eingebracht, erklärte sich aber gegen den conservativen Antrag, insofern derselbe die Festsetzung der den größeren Grundbesitzern zustehenden Stimmen dem Kreisauschuss übertragen wollte. Die Freiconservativen erschienen wiederum mit einem sogenannten Vermittelungsantrage, der aber das Unglück hatte, weder den Conservativen noch der Regierung zu gefallen. Merkwürdiger Weise war die äußerste Rechte, Graf Rautenfeldt und Genossen, selbst mit dem Antrag Rauchhaupt noch nicht zufrieden oder that wenigstens so. Mit diesem Antrage begann die äußerste verwickelte Abstimmung, die bei der Unruhe im Hause und der leisen Stimme des Präsidenten v. Köller auf den Tribünen kaum zu verstehen war. Mit dem Grafen Rautenfeldt stimmten nur etwa 30 Mitglieder. Dagegen war die conservative Partei geschlossen, aber auch ganz allein für den Antrag Rauchhaupt. Nachdem dieser abgelehnt war, spielten die Conservativen va banque; sie stimmten consequent mit Nein bei allen Anträgen, bei der Commissionsfassung und endlich auch bei der Regierungsvorlage, so daß von dem ganzen § 48 nur der von dem Antrag Rauchhaupt nicht berührte erste Absatz angenommen wurde, wonach die angelegenen Gemeindeglieder ⅓ sämtlicher Stimmen haben müssen. Das war gerade das, was der freisinnige Antrag, der zunächst abgelehnt worden war, da er sich auf die Commissionsfassung bezog, gewollt hatte.

Jedenfalls verdanken es die Conservativen lediglich ihrer eigenen Haltung, daß gerade dasjenige herbeigeführt wurde, was sie nicht wollten. Sie hoffen nun die Sache bis zur dritten Lesung wieder zu kühlen. Hoffentlich hält aber die Regierung bezüglich des Stimmrechts fest, dann werden die Herren von der Rechten sich schon fügen müssen.

Aus dem beschlußfähigen Reichstage.

Trotz der am Freitag officiell constatirten Beschlußfähigkeit des Reichstages war auch die Sonnabendssitzung, in der es sich um Wahlprüfungen handelte, außerordentlich schlecht besucht. Einige dreißig Mitglieder erledigten in etwa einer halben Stunde die ziemlich lange Tagesordnung. Zum Theil ist der schlechte Besuch durch die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus zu erklären, wo entscheidende Abstimmungen in Aussicht standen. Hoffentlich wird endlich heute ein beschlußfähiges Haus in Action treten. Sehr bemerkbar wird, daß am Freitag der Antrag der Socialdemokraten auf namentliche Abstimmung, der geschäftsordnungsmäßig der Unterschrift von

50 Mitgliedern bedarf, den die Socialdemokraten allein also nicht stellen konnten, von den Conservativen unterstützt wurde. Zu welchem Zweck, ist nicht ersichtlich. Auf alle Fälle legt der Vorgang die Gefahr nahe, daß die Socialdemokraten, die ja nichts unversucht lassen, die Beratung des Arbeitersehutgesetzes zu verschleppen, durch den erzielten Erfolg zu weiteren Versuchen in dieser Richtung aufgemuntert werden. Bisher hatte man angenommen, daß die zweite Beratung des Arbeitersehutgesetzes in etwa 10 Sitzungen zum Abschluß gebracht werden könne; wie die Dinge jetzt laufen werden, ist nicht zu übersehen. Wenn die Beschlußfähigkeit fortbauert, wird sehr bald ein Moment eintreten, wo die Leistungsfähigkeit der Mitglieder, die bisher die Last der Verhandlungen getragen haben, erschöpft ist und die Unmöglichkeit sich ergibt, diese Vorlage, die sich nun schon seit Jahresfrist in parlamentarischer Behandlung befindet, in dieser Session zu erledigen.

Der Kaiser über die Kriegsführung zur See.

Während des Kaiserbesuches in Kiel fand im Saale der Marine-Akademie eine Versammlung des Seeoffizierscorps statt, in welcher Capitänleutnant Meyer einen Vortrag über die Kriegsschlotten Europas hielt, dem auch der Kaiser beiwohnte. An den Vortrag schlossen sich einige weitere, von dem Capitän zur See Prinz Heinrich gegebene Darlegungen, nach welchen sofort der Kaiser das Wort ergriff, um seinerseits einen improvisirten, an das Gehörte anschließenden inhaltsreichen Vortrag zur Sache zu halten. Der Kaiser sprach etwa 25 Minuten in freier, ersichtlich unvorbereiteter Rede. Beschäftigte sich der Vortrag des Capitänleutnants Meyer, welcher zur Abhaltung desselben von dem Kaiser telegraphisch aus seinem jetzigen Garnisonorte Wilhelmshafen nach Kiel berufen wurde, mit der Stärke und dem Kriegswerte der europäischen Flotten, so zog der Kaiser, wie die „Nat.-Ztg.“ bemerkt, in seiner Rede ein Resümee, welches als Directive für den Kriegsfall angesehen wird.

Nach den Ausführungen des obersten Kriegsherrn ist nicht anzunehmen, daß künftig in einem etwaigen Seekriege die Taktik unserer Marine von 1870/71 wieder befolgt werden wird. „Der Angriff ist die beste Vertheidigung“, dieser Grundsatz wird in Zukunft taktisch in allererster Linie stehen, wenn nicht ausschließlich maßgebend sein. In gewissem Sinne sind so die Aufgaben unserer Panzerflotte, einschließlich der neuen Panzerfahrzeuge, der Küstenvertheidigung und der flegelnden Torpedoboote und unter Einrechnung der geschützten Kreuzercorvetten, ähnlich denen der Cavallerie zu Lande. Wie diese, so hat die Flotte in ihrem zur Schlacht bestimmten Theile in concentrirter Kraft ihr Alles einzusetzen, um in wuchtigem, den Nahkampf suchendem Choc den Feind zu vernichten. Der Kaiser wies in einer so klaren Weise, als habe er von Jugend auf dem seemannischen Berufe angehört, nach, in welcher subtilen, die höchste Geistesgegenwart mit der genauesten Beherrschung aller Eigenart paarenden Weise Geschwaderchef und Schiffskommandanten im Gewirre der Seeschlacht mit dem äußerst complicirten Mechanismus ihrer Waffe, mit der Schnelligkeit, der lebendigen Kraft, dem Drehungsvermögen, den Schuß- und Angriffsvorrichtungen des Schiffes und mit der Artillerie- und der so äußerst schwierigen Torpedowaffe zu rechnen haben.

In Zukunft wird man in jenem neuen System der Kriegsverwendung der Flotte, welches seit 1888 den jährlichen großen Seemanns-Englands zu Grunde liegt und auf die besten nautischen Perioden der Vergangenheit zurückgreift, das wahre Wesen der Kriegsführung zur See erblicken und dasselbe zur Geltung bringen. Die Strategie wird mit derselben Bedeutung auf den Seekrieg übertragen werden, welche sie im Landkriege seit jeher befiessen. Nicht Gefechtsmanöver allein und taktische, den Kampf selbst betreffende Schulung, sondern die Dirigirung der Flottentheile nach einem die gesammten Seestreitkräfte ins Auge fassenden einheitlichen strategischen Plane, ihre Verwendung auf diesem oder jenem maritimen „Kriegstheater“, ja unter Umständen die Entsendung eines compacten, aus „besten Schiffen“ bestehenden Geschwaders dem Feinde weit entgegen auf dessen Anmarschlinie, um seine Dispositionen bereits im allerersten Beginn seiner

Initiative zu zerstören, das werden die maßgebenden Gesichtspunkte sein. Den leitenden Offizieren eröffnen sich hier Aussichten, welche von ihnen die Erfüllung hoher, die ganze Rühmlichkeit des Personals herausfordernder Aufgaben verlangen; an die militärische Oberleitung unserer Seestreitkräfte werden dementsprechend ähnliche Anforderungen gestellt, wie an diejenigen des Landheeres.

Die Directiven in den kaiserlichen Ausführungen rechnen in weiser Selbstbeschränkung mit dem vorhandenen Material, resp. dem feststehenden Umfange einer „Vertheidigungsflotte“, wie sie im Rekrutierungsplan von 1889 vorgezeichnet ist, und halten sich von allen „uferlosen Plänen“ durchaus fern. Mit dem 1870/71 in Geltung gemessenen System der „Defensive ohne jede ernste Offensivunternehmung“ ist aber gründlich gebrochen.

Die Bergarbeiter und die Pariser Congressbeschlüsse.

Die Stimmung in den Kreisen der rheinisch-westfälischen Bergleute über die Beschlüsse des internationalen Bergarbeitercongresses in Paris ist eine getheilte, wie namentlich aus den Berichten über die gestern abgehaltenen Versammlungen hervorgeht.

In Bochum siegten die Schröder, Bunte etc. vollständig. Eine ziemlich zahlreiche besuchte Versammlung sprach sich betreffs der Vertretung und Abstimmung der deutschen Delegirten auf dem Pariser Bergarbeitercongress, ingleichen bezüglich der Unterstützung der belgischen Bergleute bei einem etwaigen Strike billigend aus. In letztgedachtem Falle sollen sich die deutschen Zechenverwaltungen verpflichten, keine Kohlen nach Belgien zu liefern, mißbilligend auch die deutschen Bergleute zum Strike übergehen würden. Der Führerschaft soll unbedingt Gehorsam geleistet werden. Die Niederlegung eines Antrages auf dem Grabe der Pariser Communisten durch die deutschen Socialisten wurde gutgeheißen.

Dagegen fand gleichzeitig in Bruch eine von etwa 200 Bergarbeitern besuchte Versammlung statt, welche sich gegen die Pariser Congressbeschlüsse und gegen die socialdemokratischen Führer und für den Eintritt in den neuen Verband „Glück auf“ aussprach. Die Versammlung verlief ohne Störung, da die Socialdemokraten von derselben durch Ausgabe von Eintrittskarten ferngehalten worden waren. Eine gestern Abend in Dorfeld abgehaltene und von etwa 350 Bergarbeitern besuchte Versammlung hat sich ebenfalls gegen die Pariser Congressbeschlüsse und für den Eintritt in den Verband „Glück auf!“ erklärt.

Da nun der von den Radikalen angekündigte Strike nur Erfolg haben könnte, wenn er ein allgemeiner werden würde, so kann man schon jetzt die Chancen eines solchen Schrittes, wenn man denselben wirklich unternimmt, ermeßen.

Die österreichische Thronrede.

deren wesentlichster Inhalt schon am Sonnabend mitgetheilt ist, wurde vom Kaiser Franz Josef persönlich verlesen. Vor der Verlesung versammelten sich im Ceremoniensaal die Mitglieder beider Häuser, das Herrenhaus rechts, das Abgeordnetenhaus links. Punkt zwölf erschien der Kaiser unter Vorantritt sämtlicher Minister, Erzherzöge, des Obersthofmeisters mit dem Stabe und des Oberhofmarschalls mit dem Staatschwert. Die Minister stellten sich links vom Kaiser, die Erzherzöge auf der Estrade selbst auf. Hierauf bestieg der Kaiser den Thron, setzte sich nieder und verlas, nachdem er das Haupt bedeckt hatte, die Thronrede. Bei der Stelle betreffend die friedliche Lage wurden stürmische Braus laut, desgleichen bei der Aufforderung, mit Hintanhaltung der Parteiuerschiede zu den gemeinnützigen Arbeiten zusammenzuwirken. Der Kaiser wurde beim Betreten sowie Verlassen des Saales stürmisch begrüßt. Beim Erscheinen des Kaisers im Saale gab ein Hof der Hofburg aufgestelltes Bataillon eine Gewehrsalve ab.

In der Wiener Presse wird die Thronrede natürlich allgemein in erster Linie erörtert. Das hochofficiöse Wiener „Fremdenblatt“ schreibt, die Thronrede wäre von der Idee der Unterordnung der Parteistrebungen unter die Postulate der Gemeinheit erfüllt. Mögen die Worte des Monarchen in alle Herzen dringen! Die Thronrede eröffne unter den erfreulichen Zeichen des allgemeinen Friedens den Ausblick auf zahlreiche

Stadt-Theater.

Donizettis immer noch liebenswürdige „Regimentschakter“ präentirte sich gestern Abend wieder schmach und adrett. Frau v. Weber spielte die Marie, — über das erste musikalisch etwas verblähte und unbedeutende Duett ging sie leichter hinweg; hervorzuheben aber haben wir aus dem ersten Akt das Finale mit der fein und rührend gegebenen Abschiedsscene, die uns, als das erste musikalisch auf höherem Niveau stehende Stück der Oper, diesmal besonders intim ansprach, und die große wieder mit voller Virtuosität durchgeführte Leistung, die der zweite Akt von der Sängerin fordert: die reizende Mischung von sentimentalen und martialischen Elementen daselbst, von Betrübniß und Durchtriebenheit und Liebe in dem Trio mit der Marchesa und dem Sergeanten, dem Sologesang der Marie, in welchem Frau v. Weber diesmal eine Arie aus dem „Puritaniern“ von Bellini mit schönstem Gelingen einlegte; dazu die Scene mit dem Soldatendorf und der großen Arie der Marie „Es ist geschehen“ u. s. f. und die folgende Scene mit dem als Offizier wiederkehrenden Tonio: alles dies reizte Fr. v. Weber ohne die Spur der Schwierigkeit und Bemühung

aneinander, so wie nur ein großes Talent dazu im Stande ist. Daß Frau v. Weber in Erscheinung und Spiel diese Gestalt mit so viel Schmelze, Anmuth und innerer Wärme auf die Bühne bringt, wie man es nur wünschen kann, ist bekannt genug.

Herr Müller ist ein stattlicher Gulp, der den Humor der Rolle in Ernst und Scherz, ebenso wohl wie die musikalische Seite derselben bewahrt. Er giebt ihn etwas gewichtiger, als wir ihn zuletzt hier gewohnt waren, aber das ist Sache der Individualität und kann für einen älteren österreichischen Krieger eher richtiger sein, als eine halbfranzösische Napoleoneiläufig könnten in diesen Uniformen napoleonische Soldaten mehr Glauben finden als österreichische, man meint in den Scenen mit dem Soldatendorf und auch mit Gulp fortwährend ein französisches Bild vor sich zu haben und wenigstens sollte nicht auch noch die Trikolore der Tochter des „schönen zwölften Regiments“ statt der schwarzgelben Fahne zum Ruffe dargebracht werden: der Moment wirkt im übrigen so hübsch, daß es schade um ihn ist. Frau v. Weber behandelt ihn für unser Gefühl auch „nur zu süßlich“ Herr Kunde war als Tonio frisch, munter und gefanglich ansprechend, und

gleichfalls im Musikalischen gewandt und fertig genug, also ein gutes vis-à-vis mit der Marie. Vielleicht benutzte er den Sommer, um seine noch immer recht fremde Aussprache des Deutschen zu verbessern, und dies und jenes Gekröse aus seiner Tonbildung in der Höhe zu beseitigen. Das Verliebte, das Treuherrliche und die ins Heroische gehenden Züge der Partie gelangen ihm sonst gleich gut. Fr. Neuhaus gab die Marchesa anziehend und mit erfolgreichem Bestreben, die menschlich wahre Empfindung durch das Curiose und Altmodische der Gestalt hindurchschimmern zu lassen, so daß es nicht unwahrscheinlich wirkt, wenn diese Empfindung im letzten Akt zum Durchbruch kommt. Natürlich kann sie es darin nicht weiter bringen, als das Libretto es ermöglicht, welches der Partie so viel Burleskes beigesellt, dem Fr. Neuhaus übrigens auch bestens gerecht wird. Weiter machte sich um dieses Element Fr. Bing als Hofmeister mit gewohnter Fertigkeit und Feinheit verdient. Die Chöre waren fest und rein, und so verlief die Aufführung glatt und unterhaltend, so weit die Musik die Möglichkeit dazu nicht verringert. Die bekannten melodischen Glanzstellen im ersten und zweiten Akt gelangen trefflich und übten ihre „alte, liebe“ Wirkung.

Dr. C. Fuchs.

* [Benefice.] Gegen den Schluß der Saison folgen die Beneficevorstellungen dicht aufeinander. Am Mittwoch findet das für Hrn. Wenckhaus mit der Aufführung der Operette „Der Falschprediger“ statt, die in dieser Saison noch nicht in Scene gegangen ist. Außer dem Benefizianten als Piffhorn wirken die Damen v. Weber und Calliano und die Herren Kunde, Bing und Pehold mit. Fr. Wenckhaus geht für die nächste Saison an das Kölner Stadttheater.

Am Donnerstag wird zum ersten Mal ein Stück gespielt, das zunächst auf dem neuen Wiener Volkstheater einen sensationellen Erfolg gehabt hat und mehrere hundert Mal wiederholt ist, dann auch in Berlin und an anderen Orten sehr günstig aufgenommen ist. Es ist das rumänische Volksstück die „Hochzeit von Valeni“, das von Gangafer, dem bekannten Verfasser mehrerer Bauerndramen, ins Deutsche übertragen ist. Das Stück wird voraussichtlich auch hier seine bedeutende Wirkung nicht verfehlen, zumal die Direction für neue Ausstattung gesorgt hat und die Besetzung die bestmögliche ist. Die Benefiziantin, Fr. Brodsky, hat die hochdramatische Partie der Zigeunerin Sanda übernommen, während die männliche Hauptrolle in den Händen des Herrn Stein liegt. Außerdem wirken die Damen Schmidt, Staudinger und Groß und die Herren Maximilian, Bing, Arndt und Häfflich mit.

Zielpunkte des wirtschaftlichen Lebens. — Die „Presse“ betont, die Thronrede sei ein bedeutungsvolles Document, welches die friedlichen Dispositionen der europäischen Mächte und Regierungen ausdrückt; sie schließt sich vollkommen dem Programm der Regierung bei der Auflösung des Reichsrathes an. — Die „Neue Freie Presse“ erklärt, der Grundgedanke der Thronrede sei derselbe, welchen die Regierung bei der Auflösung des Reichsrathes ausgesprochen habe, nämlich die Session zu einer Periode wirtschaftlicher Reformen zu gestalten und aus diesem Anlasse an alle Parteien zu appelliren. Allenfalls werde mit Genugthuung bemerkt werden, daß die Thronrede, ungeachtet der nicht erfreulichen Zwischenfälle in Bulgarien, die Hoffnung auf eine Reihe von Friedensjahren ausdrückt, bemerkenswerth sei die Ankündigung, daß die Regierung ungeachtet der Wahlfrage der Jungtschechen auf Durchführung des Ausgleiches bestünde.

Auch mehrere Pariser Blätter bringen bereits Besprechungen über die österreichische Thronrede. So haben das „Journal des Debats“ und der „Globe“ insbesondere die Stelle hervor, welche der Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens Ausdruck giebt. Dieselbe sei um so bedeutungsvoller und willkommener, als gerade in den letzten Tagen in einem Theile der auswärtigen Presse die diplomatische Lage ziemlich düster geschildert worden sei. Beide Blätter besprechen ferner eingehend den Passus über die Handelsverträge. Der „Globe“ rühmt die Klarheit, womit die Nothwendigkeit solcher Verträge betont werde und legt diese Worte dringend Meline und seinen Gesinnungsgenossen ans Herz. Das „Journal des Debats“ stellt ferner den Auslassungen der Presse über eine angebliche, gegen Frankreich geplante Tollzoll den Passus der Thronrede über die handelspolitischen Beziehungen gegenüber und bemerkt, daß die Zolltarife Melines in der Thronrede mit einer Lobeserhebung auf die Handelsverträge beantwortet würden.

Eine stürmische Schupskinaführung.

Die gefrige Abendführung der Schupskina nahm einen sehr erregten Verlauf und dauerte bis gegen Mitternacht. Den ersten Gegenstand der Debatte bildete das zur Verlesung gebrachte Schreiben des Königs Milan an die Regentin, in welchem derselbe erklärt, im Interesse der Ruhe und Ordnung des Landes bis zur Großjährigkeit des Königs Alexander Serbien verlassen zu wollen. Die radicalen Abgeordneten Dica und Radovanovic sprachen sich für eine gleichzeitige Lösung der Frage des Aufenthaltes der Königin Natalie in Serbien aus und beantragten, daß von dem Präsidium der Schupskina eine hierauf bezügliche Resolution eingebracht werde. Die liberale Opposition (Garafanin) und die radicalen Dissidenten beantragten, den Brief des Königs Milan zur Kenntniß zu nehmen, und erklärten, den Antrag Dica-Radovanovic abzulehnen zu müssen, weil derselbe der Geschäftsordnung widerspreche. Der Antrag gelangte jedoch mit geringer Stimmenmehrheit zur Annahme. Das Präsidium unterbreitete der Schupskina hierauf eine im Sinne dieses Antrages gefasste Resolution, welche eine noch lebhaftere Debatte hervorrief. An derselben beteiligten sich gegen 40 Redner, darunter Garafanin, Tschjanin und viele Mitglieder der Opposition und Dissidenten. Die oppositionellen Redner bezeichneten die Resolution als verfassungswidrig und gesetzwidrig und als einen Gewaltakt. Die Fassung der Resolution würde das Ansehen Serbiens schädigen. Die Opposition verlangte namentlich Abstimmung über die Resolution, der Präsident verweigerte dieselbe, was eine tumultuariöse Scene hervorrief, die fast eine halbe Stunde dauerte, und an der sich auch die Zuhörer auf der Gallerie beteiligten. Ebenso stürmisch gestaltete sich die Debatte über die von der Regierung eingebrachte Vorlage, nach welcher dem Könige Milan a Conto der Civilliste eine Million Francs auf drei Jahre im Voraus bewilligt werden soll. Noch vor Abstimmung über die Vorlage, welche mit geringer Majorität genehmigt wurde, entfernte sich ein großer Theil der Abgeordneten. Gestern Nachmittags sollte die Schupskina mit der Verlesung einer Botschaft der Regentin geschlossen werden.

Ueber das verübte Attentat auf den Zaren berichtet der Correspondent des „Daily Telegraph“ in St. Petersburg das weitere, daß der in der Manege am letzten Montag Verhaftete aus Charkoff war. Dort gehörte er dem revolutionären Scaevola Club an, dessen Mitglieder schwören mußten, Leib und Leben zu wagen, um den Zaren zu ermorden. In Charkoff sind eine Menge Personen verhaftet worden, unter ihnen auch mehrere Studenten. In St. Petersburg beging der Fufarenofficer Annenkov Selbstmord. Möglich, daß er in das Complot verwickelt war.

„Meheteien“ am oberen Senegal.

Die Pariser „Illustration“ veröffentlicht einen Bericht über die angeblichen Meheteien in der Gegend des oberen Senegal, welcher die Meinung hervorruft, daß dieselben auf den Einfluß der französischen Vertreter zurückzuführen seien. Diese Nachrichten werden von unrichtiger Seite als falsch bezeichnet. Aus den officiellen Berichten des Untersecretariats der Colonien geht hervor, daß zahlreiche Flüchtlinge der Banen des Ahmadu, nachdem sie Niore genommen, sich über die Umgegend von Bakel und Matam verbreitet, und daselbst mit Gewalt zu plündern und brandschatzen versucht hätten, wogegen sich die Einwohner vertheidigten. Als Oberst Dodd hiervon Nachricht erhielt, habe er den Flüchtlingen Nahrung und die Mittel angeboten, in ihre alten Wohnsitze zurückzukehren, unter der Bedingung der vollständigen Unterwerfung. Etwa 7000 derselben, welche sich im größten Elende befanden, wurden bei Matam aufgenommen und durch die französische Verwaltung mit Nahrung versehen. Die Behörden sind bemüht, die Flüchtlinge gegen die Gewaltthatigkeiten der Eingeborenen, die sie früher gebrandschatzt hatten, zu schützen.

Die Insurgenten in Chile

haben weitere, erhebliche Fortschritte gemacht. Nachrichten aus Iquique vom 8. d. zufolge haben die Insurgenten Arica und Tacna genommen und haben somit jetzt den Norden von Chile bis nach Copiapo inne. Die Befestigung der Städte erfolgte ohne Widerstand, die Regierungstruppen flüchteten gegen die Grenze von Bolivia.

Abgeordnetenhaus.

66. Sitzung vom 11. April.

Die zweite Verlesung der Landgemeindeordnung wird fortgesetzt beim § 42. Hiernach steht das Gemeinderath in demjenigen Gemeindebezirk, welcher entweder ein Wohnhaus im Gemeindebezirk besitzt oder von seinem Grundbesitz in der Gemeinde mindestens 3 Mk. Steuer entrichtet oder zur Staatseinkommensteuer oder nach einem fingirten Steuerfahne von mindestens 4 Mk. veranlagt und herangezogen ist. Die Worte „und herangezogen“ sind erst von der Commission eingefügt worden.

Abg. Ricker beantragt, die Worte „und herangezogen“ zu streichen.

Abg. v. Suene erklärt sich für den Antrag der Commission und gegen Streichung der Worte „und herangezogen“, weil diejenigen, welche keine Steuern zahlen, auch nicht ein Stimmrecht ausüben können.

Minister Herrfurth: Die Absicht der Regierung ging dahin, das Stimmrecht in der Gemeinde auszuweiten auf alle diejenigen, welche zu den Gemeindefähigen beitragen. Diese Elemente sollten dienstbar gemacht werden für die Gemeinde. Wenn das mit gewissen Redewendungen, von welchen ich nicht weiß, ob sie ernsthaft gemeint sind, als eine Deposition über Demokratisierung des Bauernstandes bezeichnet wird, so kann ich das nicht begreifen. Wir haben solche Einrichtungen seit langer Zeit in unseren westlichen Provinzen, deren Bauernschaft so selbständig und handhabungsfähig ist, wie kein anderer. Im Westen giebt es auch Grundbesitzer, die sich des größten Ansehens, des größten sozialen und wirtschaftlichen Einflusses erfreuen, ohne in einem besonderen Gutsbezirk zu wohnen. Wenn die Gemeindeglieder nur dann stimmberechtigt sind, wenn sie zur Steuer herangezogen sind, so kann die Sache ganz willkürlich geordnet werden. Im Januar sollen die Listen der Stimmberechtigten aufgestellt werden. Der Schule kann im Januar noch gar nicht wissen, ob eine Person im nächsten Etatsjahr zur Steuer herangezogen wird oder nicht; denn viele Gemeinden erheben nicht alljährlich Steuern, sondern nur bei außerordentlichen Bedürfnissen. Es könnte so kommen, daß in einem Jahre, wo der Gemeindevorsteher gewählt wird, keine Steuern erhoben werden, so daß die nicht angesehene Gemeindeglieder nicht wahlberechtigt sind. Dagegen müßte Vorkehrung getroffen werden. Vielleicht kann dies noch bis zur dritten Lesung geschehen.

Abg. Ricker: In unseren Wünschen gehen wir weiter wie die Regierungsvorlage und noch mehr natürlich als die Commission. Aber wir wollen unsere Anträge nicht wiederholen, weil sie bei diesem Hause gar keine Aussicht haben. Aber die Verlesung durch die Commission müßte wir wenigstens befehlen. Gerade die Regelung des Stimmrechts ist von großer Bedeutung. Die Beibehaltung des Dreiklassenstems, an dem Sie festhalten, bietet doch wahrlich Schuß genug. Man könnte doch in der 3. Abtheilung alle selbstständigen Männer von 24 Jahren wählen lassen. Das will man nicht. So mögen denn wenigstens alle diejenigen das Stimmrecht erhalten, welche ein Einkommen von mehr als 600 Mk. haben, gleichgültig, ob sie zur Gemeindesteuer herangezogen sind oder nicht. Man sollte bald den Kreis derjenigen erweitern, welche mitarbeiten, sei es direct in der Gemeindeversammlung oder indirect bei Wahl der Gemeindevorstellung. Diese positive Beseitigung an der Arbeit ist ein viel besserer Schutz gegen die Ideen der Socialdemokratie als das ängstliche Fernhalten der Leute vom Stimmrecht. (Sehr richtig! links.) Auch materiell wird durch die Verlesung der Landesverhältnisse ein Uebelstand herbeigeführt, indem beispielsweise in Sachen dieselben Leute das Stimmrecht haben, während sie es in Pommern und bei uns nicht haben. Bei uns beziehen dieselben Leute 600 Mk., welche in Sachsen 900 Mk. haben. Haben denn diese weniger Verstand für die Aufgaben der Gemeinde als die in Sachsen. Man sagt, daß nur der miltärische soll, der auch miltärisch will. Man überlegt aber, daß die Steuern nicht bloß mit Geld, sondern auch durch Arbeitskraft in der Gemeinde gezahlt werden. Sind die Handdienste nicht gleichfalls Steuern und positive Leistungen? Zwei Tage Handdienst stellen etwa einen Steuerfahne von drei Mark dar. Wir haben alle Ursache, hier in maßvoller Weise Billigkeit zu üben. Die Zahl derjenigen, welche damit das Stimmrecht erhält, ist eine sehr kleine. 1 Million haben jetzt schon das Stimmrecht, nach der Commission werden es über 100 000 mehr erhalten. Nach unserm Antrag noch eine kleine Zahl von Tausenden mehr. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen. (Beifall links.)

Abg. v. Rauchhaupt (conf.): Wir stellen uns auf den Boden der Regierungsvorlage, aber es wird sehr schwer sein, bis zum 1. April 1893 die neuen Gemeindevertretungen fertig zu stellen.

Minister Herrfurth: Dies Bedenken ist hinfällig. Nach § 144 müssen die Vorbereitungen zu den Neuwahlen gleich nach der Veröffentlichung des Gesetzes erfolgen. Die alten Gemeindevertretungen bleiben im Amt, bis die neuen eingeführt werden.

Abg. v. Suene (Centr.) rät, sich über eine geeignete Fassung des § 42 bis zur dritten Lesung zu verständigen. § 42 wird unverändert angenommen.

§ 45 (Ruhe des Gemeinderaths, so lange ein Gemeindeglied die Gemeindegastgaben nicht bezahlt hat) wird nach einem Amendement des Abg. Schmidt (Centr.) angenommen, welches die Worte „nach erfolgter Mahnung“ hinzusetzt.

§ 47 regelt die Stellvertretung der Minderjährigen, der Ehefrauen, der außer der Gemeinde wohnenden stimmberechtigten und der juristischen Personen; er gestattet den selbständigen und unterhaltenden Besitzern, Wittwen und auswärtig wohnenden Personen ihr Stimmrecht selbst auszuüben.

Abg. v. Schäfers (Centr.) erklärt sich gegen die Ausübung des Stimmrechts weiblicher Personen.

Die Abg. v. Meyer-Arnswalde und v. Rauchhaupt (conf.) schließen sich diesem Antrage an, den auch Minister Herrfurth empfiehlt.

Abg. Graf Ranitz (conf.) will den Frauen ihr Stimmrecht mahnen, welches nach der Landgemeinde-Ordnung von 1866 ihnen zusteht. Er wisse aus der Praxis, daß die Frauen ihr Recht nicht zum Schaden der Gemeinde ausgeübt haben. Es handelt sich dabei nicht um eine Emanzipation, sondern um die Aufrechterhaltung eines bestehenden Rechts. Es ist vorgekommen, daß eine Frau in die Commission, zum Ankauf des Gemeindefähigen gewählt wurde (große Heiterkeit), wahrheitsgemäß, weil man ihr große praktische Erfahrung zutraute (große Heiterkeit). Wer es mit den Frauen verdirbt, verdirbt es mit der ganzen Wählerschaft.

Abg. Ricker: Es kommt mir unerwartet, ist mir aber doch erfreulich, wenn ich in dieser Frage — abgesehen von seinem Beispiele, das so viel Heiterkeit erregt hat, das er aber wohl besser weglassen hätte — mit dem Grafen Ranitz übereinstimmen kann. Leider sucht man diese Frage, wie Abg. v. Schäfers es wieder gethan, nur zu sehr ins Lächerliche zu ziehen. In der That handelt es sich um bestehendes Recht, das keinerlei Unzulänglichkeiten bisher ergeben hat. Der Commissionensbeschluss ist unter Zustimmung von Conservativen und liberalen Landräthen in der Commission ausdrücklich erklärt, daß da, wo die Frauen das Stimmrecht bisher in den Gemeinden nicht, sich die Sache sehr gut bewährt hat. Kennen Sie denn nicht Frauen, welche verheirathete Güter zu bewirtschaften? Und sie sollten in solchen seltenen Fällen, in denen sie ganz selbständig sind, nicht im Stande sein, ihr Stimmrecht selbst auszuüben? Warum sollen wir ihnen dies verweigern? (Beifall links.)

Abg. Schmidt (Centr.) erklärt sich gegen die Ausübung des Gemeinderaths durch die Frauen; es sei doch ein Unterschied, ob eine sinnberührende Schönheit oder eine affreie Gählichkeit ihr Recht selbst vertritt.

Abg. v. Suene (Centr.) erklärt, daß die Frauen nach der Gemeindeordnung von 1866 kein Recht haben, sich selbst zu vertreten.

Abg. Eberth (freis.) empfiehlt die Annahme des Commissionensbeschlusses.

Abg. Graf Ranitz bleibt dabei, daß die Frauen das Stimmrecht haben.

Minister Herrfurth: In Bezug auf den bestehenden

Zustand hat der Vorredner Recht, aber nicht in Bezug auf das bestehende Recht. Nicht auf die Landgemeindeordnung von 1866, sondern auf die Ortsverfassung stützt sich dieses Stimmrecht der Frauen.

Das Stimmrecht der Frauen wird gestrichen. § 47a, welcher feststellt, was zur Ausübung des Stimmrechts durch Vertreter erforderlich ist, wird angenommen.

§ 48 handelt von der Vertheilung der Stimmen in der Gemeindeversammlung. Der Regel nach soll jedem Stimmberechtigten eine Stimme zustehen, jedoch mit der Maßgabe, 1. daß mindestens $\frac{2}{3}$ aller Stimmen auf Angehörige entfallen; 2. daß Grundbesitzern, welche 30 bis 75 Mk. an Grund- und Gebäudesteuer entrichten, 2. denjenigen, welche 75—150 Mk. entrichten, 3. und denen, die über 150 Mk. zahlen, 4 Stimmen beizulegen sind; endlich 3. mit der Maßgabe, daß kein Stimmberechtigter über mehr als $\frac{1}{3}$ aller Stimmen verfügen darf.

Hierzu liegen folgende Anträge vor: Antrag v. Rauchhaupt, die Bestimmung ad 2. durch die Vertheilung zu ersetzen, daß denjenigen Besitzern, deren im Gemeindebezirk belegen Grundstücke die der Uebrigen an Werth oder Größe erheblich überragen, mehr als eine Stimme durch Gemeindefähigkeit beigelegt werden darf. Eventuell soll mangels eines dahin gehenden Gemeindefähigkeits der Kreis auszufüllen zu einem solchen Beschlusse befugt sein. (An die Stelle einer gleichförmigen Norm soll also Gemeinde oder Kreis auszufüllen über Gewährung eines erhöhten Stimmrechts zu beschließen haben.)

Abg. v. Suene (Centr.) will in Nr. 2 die Zahlen 30, 75 und 150 Mk. ersetzen durch 20, 50 und 100 Mk. und außerdem hinzufügen: durch Ortsstatut können die vorstehend angegebenen Grund- und Gebäudesteuerfahne ersetzt werden.

Antrag Ricker will Nr. 1 dahin ändern, daß mindestens die Hälfte (statt zwei Drittel) aller Stimmen auf Angehörige entfallen muß. Ferner will dieser Antrag die Nummern 2 und 3 ganz streichen, event. die Regierungsvorlage wieder herstellen, wonach denjenigen Besitzern, welche 75—225 Mk. Grund- und Gebäudesteuer zahlen, je zwei Stimmen und bei einer Steuer von 225 Mk. und mehr je drei Stimmen zustehen sollen, diese Sätze jedoch durch Ortsstatut erhöht werden können.

Ein Antrag v. Bedlich (freis.) will für den Fall der Annahme des Antrages v. Suene auch den Gewerbesteuerzahlern der drei ersten Klassen die in dem Antrage Barthold beantragte Erhöhung des Stimmrechts gewähren.

Abg. v. Suene (Centr.) befürwortet seinen Antrag mit dem Hinweis, daß die von der Commission beschlossenen Ziffern eine zu radicale Neuerung in vielen Gemeinden schaffen würden. Die von ihm beantragten Zahlen seien im Interesse derjenigen gestellt, die bisher das Uebergewicht in der Gemeinde gehabt hatten, sie dienten also zum Frieden der Gemeinde. Es sei nicht möglich, nur immer die Höhe der Steuer als Maßstab anzusehen, sondern auch die Menschen selbst und deshalb könne er nicht für den Antrag Rauchhaupt stimmen.

Abg. v. Tiedemann-Labishin (freis.): Der conservative Antrag leidet an denselben Fehlern, wie sie den Ortsverfassungen bisher eigen waren, er ist zu allgemein und würde zu zweifelhafte Indicationen führen. Bei der Frage des Stimmrechts müssen klare Normen herrschen, während der conservative Antrag der Willkür Raum giebt.

Abg. v. Rauchhaupt (conf.): Unser ganzes Streben in diesem § 48 geht dahin, die schärfste Bevölkerung gegenüber der fluctuirenden aufrecht zu halten. Was wir in unseren Antrag aufgenommen haben, ist einfach bereits bestehendes Recht, und diesen Antrag hat Herr v. Tiedemann als unklar und unverständlich bezeichnet! Ich bedauere, daß Hr. v. Tiedemann dem Kreis auszufüllen, den ich für eine der besten Corporationen halte, so wenig Anerkennung zollt. Das Gesetz bestimmt, daß in der Gemeindevertretung zwei Drittel Bauern, ein Drittel Nichtlandbesitzer vorhanden sein sollen. Wie wollen Sie denn das nun machen, wo diese Verhältnisse nicht möglich sind? Es muß daher eine gewisse latitude gegeben werden, damit es möglich ist, einen starken Bauernstand zu erhalten. Unser Antrag macht dies möglich, er scheidet die Bedenken aus, die sich aus einer bestimmten Grenze nach unten oder oben ergeben. Alle Parteien haben ein Interesse an der Erhaltung des Bauernstandes. (Beifall rechts.)

Minister Herrfurth: Wir stehen hier allerdings an der wichtigsten Stelle der ganzen Vorlage. Mein Wunsch geht dahin, daß keiner der vorliegenden Anträge angenommen wird. Gegen die Gewährung der halben Stimmgabe an die Nichtlandbesitzer muß ich mich aussprechen, weil es dadurch möglich wäre, daß die Nichtlandbesitzer unter Zuhilfenahme von einigen kleinen Häusern die Bauern majoritiren könnten. Die Vertheilung mehrerer Stimmen an eine Person sollte nicht allzusehr ausgebeutet werden. Im Westen hat es sich bewährt, daß nur diejenigen mehr als eine Stimme haben, welche mehr als 225 Mark Grund- und Gebäudesteuer zahlen. Mit Rücksicht auf die Verhältnisse der östlichen Provinzen ist die Regierung unter diesen Satz schon erheblich heruntergegangen. Die Commission ist noch viel weiter zurückgegangen und die Anträge gehen noch weiter herab. Den Antrag von Rauchhaupt hatte ich nicht erörtert, nicht wegen der Verhandlungen in der Commission, sondern wegen der Verhandlungen über die rheinische Städteordnung. Dabei wurde hervorgehoben, daß das communale Wahlrecht ein Grundrecht sei, welches gesetzlich festgelegt werden müsse, man könne es den Gemeinden nicht überlassen, dieses Recht verschieden zu gestalten. Damit waren die Conservativen einverstanden und dementsprechend ist der betreffende Paragraph des Einkommensteuer-Gesetzes gestaltet worden. Nun werden Sie wohl nicht sagen wollen: da handelt es sich um Städtgemeinden, hier um Landgemeinden des Ostens. (Zustimmung links; Widerspruch rechts.) Ja, Bauer, das ist ganz was Anderes. (Sehr richtig! rechts.) Das Gemeindefähigkeitsrecht muß überall gleichmäßig gesetzlich geregelt werden. Von der Gemeindefähigkeit kann hier keine Rede sein, denn der Antrag v. Rauchhaupt will ja den Gemeinden durch Beschluß des Kreis-Ausschusses etwas aufzwingen, wenn sie nicht wollen. Der Antrag v. Rauchhaupt entspricht allerdings dem Wortlaut des Gesetzes von 1866, aber dieses Gesetz hat sich als praktisch ungenügend erwiesen. (Widerpruch rechts.) Die Bauern sind allerdings stolz, aber wenn sie mit ihren Tagelöhnern nicht zusammen in der Gemeindeversammlung sitzen wollen, so ist das nicht mehr Stolz, sondern Hochmuth. (Widerpruch rechts.) Gegen die Herabsetzung der Sätze, wie die Commission sie vorgeschlagen hat, will die Regierung keinen Widerspruch erheben, dagegen bitte ich, alle Anträge, insbesondere den Antrag v. Rauchhaupt, abzulehnen. (Zustimmung links.)

Abg. Araufe (nl.): Die sozialpolitischen Gegensätze werden nicht dadurch überbrückt, daß die Bauern gegen die Tagelöhner, die Angesehnen gegen die Nichtangesehnen ausgespielt, sondern daß diese Zusammengebracht werden. Das Stimmrecht muß gesetzlich festgelegt werden, das Centrum hat selbst ein großes Gewicht darauf gelegt, daß diese Frage nicht in das Belieben der einzelnen Gemeinden gelegt wird. Es handelt sich hier nicht um die Freiheit und Selbständigkeit der Gemeinden, sondern darum, daß der am Ruder befindlichen Interessengruppe oder Partei das Recht gegeben wird, den Gegnern das Wahlrecht zu beschneiden. Diesen Standpunkt hat das Centrum durch seine Reden beim Einkommensteuergesetz in Bezug auf die städtischen Wahlen verteidigt. Die Anträge wollen die Willkür des Kreis-Ausschusses und der Gemeinde feststellen. Namentlich der Antrag v. Rauchhaupt bietet durchaus keine richtige Grundlage, auf welcher man aufbauen könnte.

Die freis. Abg. v. Bedlich und v. Tiedemann sprachen gegen, Graf Ranitz (conf.) für den Antrag Rauchhaupt.

Abg. v. Herbrand: Der Antrag v. Rauchhaupt bezweckt allein, oberveranmähiges Recht, Gerechtfame, die dem Bauernstande sehr zuzustehen, ihm zu erhalten.

Ob er dieses Bestreben vollkommen erreicht, darüber mag sich streiten lassen. Wie man aber sagen kann, daß wir damit den Bauernhochmuth befördern wollen, das verstehe ich nicht.

Minister Herrfurth: Ich habe am 2. gesagt, der Antrag Rauchhaupt sei dazu bestimmt, den Bauernhochmuth zu befördern. Ich habe nur gegenüber der Bemerkung des Abg. v. Rauchhaupt, es behage den Bauern nicht, mit den Tagelöhnern zusammen in der Gemeindeversammlung zu sitzen, behauptet, das sei bauerlicher Hochmuth. Der conservative Antrag ist nur dazu da, das Ideal des Hrn. v. Meyer-Arnswalde zu verwirklichen, nämlich: Für jeden Kreis eine befondere Kreisordnung, und zwar Gesetzgeber der Kreis-Ausschüsse! (Beifall links.)

Abg. Eberth (freis.): Es ist eine Täuschung, zu glauben, daß man durch die Regelung des Stimmrechts der Ausbreitung der Socialdemokratie auf dem Lande entgegen arbeiten könne. Was die Herren auf der Rechten vorschlagen, sind nur künstliche Mittel, den Bauernstand zu erhalten. Wir stimmen nicht für den Antrag Rauchhaupt; er ist — ich will höflich sein — mindestens incommensurabel. Wir werden uns auch auf kein Compromiß einlassen, wie es der Antrag Suene und der freiconservative Antrag enthalten. Wir würden am liebsten die Regierungsvorlage annehmen, werden aber im äußersten Fall für die Commissionsvorlage stimmen.

In der Abstimmung wurden sämtliche Anträge abgelehnt. Die Nummern 2 und 3 des Antrages der Commission erhielten nur die Stimmen der National-liberalen und Freiconservativen, gegen dieselben stimmten die Conservativen, Polen, Centrum und Freisinnigen.

Die Nummer 1 der Commissionensbeschlüsse wird angenommen.

Darauf wird die weitere Verlesung auf Montag vertagt.

Deutschland.

* Berlin, 12. April. Der Kaiser nebst Gemahlin, sowie die beiden ältesten Söhne des Prinzen Albrecht, wohnten heute Vormittag dem Gottesdienst im Dome bei, wofür Superintendent Faber aus Magdeburg auf kaiserlichen Wunsch eine Gastpredigt hielt. Der etwa 20 Minuten dauernden Predigt lag der 23. Psalm zu Grunde (Christus als guter Hirte). Superintendent Faber, ungefähr im 50. Lebensjahre stehend, hat eine weithin klingende Stimme, das Gesicht umrahmte ein langer Vollbart.

[* Die vom Kaiser angekauft berühmte, englische Stahlacht „Zephyr“ kostete 5500 Pfd. Sterl. (110 000 Mk.). Die für eine Gesellschaft von Seglern gebaute Yacht, welche noch im letzten Jahre Preise im Gesamtwerthe von etwa 20 000 Mk. errang, soll in „Meteor“ umgetauft werden und im Sommer an den Wettfahrten in England theilnehmen. Die neue kaiserliche Yacht hat nach den Angaben des „Wassersports“ eine Gesamtlänge von 29,87 Metern, eine größte Breite von 6,17 Metern und einen Tiefgang von 4,29 Metern. Die Besatzung besteht aus ca. 25 Engländern. Auch Prinz Heinrich läßt sich in England eine mit englischen Matrosen zu bemannende und einem englischen Kapitän unterstellte Rennyacht bauen.

* [Oberpostdirektor Dr. Kögel] weilt zur Zeit noch in Baden-Baden und erfreut sich daselbst nach hierher gelangten Nachrichten eines guten Wohlbefindens. Der Genannte trifft im letzten Drittel dieses Monats hier ein, um seine frühere Thätigkeit wieder aufzunehmen.

* [Dr. Fischer contra Dr. Gerschel.] Auf Grund des Wortlautes des am 18. v. M. ergangenen Erkenntnisses des Landgerichts Berlin I. stellt der „Reichsanzeiger“ fest, das Gericht habe die Behauptung des Dr. Fischer, durch sein Vermögen sei dem Dr. Gerschel eine Consulatsstelle seitens des Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestellt worden, in keiner Weise geprüft, da es die Klage, als auf einem dem Gesetze und den guten Sitten zuwiderlaufenden Gesetze beruhend, abgewiesen hat. Aus den Akten des Auswärtigen Amtes dagegen ist jetzt festgestellt, daß Dr. Gerschel in Folge eines eingereichten Gesuchs um Beschäftigung als Hilfsarbeiter auf das Auswärtige Amt citirt worden ist, daß er dort erklärt hat, er wolle sich dem Consulardienst widmen, zunächst aber seine Sprachkenntnisse vervollständigen und dann ein neues Gesuch einreichen. Irgend welche Zusicherungen sind ihm nicht gemacht worden. Auf alle Fälle ist erwiesen, daß Dr. Fischer, der auf Zahlung der ihm seitens Gerschel zugesicherten Belohnung von 2000 Mk. geklagt hat, weder versucht hat, noch in der Lage gewesen ist, dem Dr. Gerschel eine Stelle im Auswärtigen Amt zu verschaffen. Dasselbe hat Staatssecretär v. Marschall bereits im Reichstage am 3. Februar auf die Anfrage des Abg. Hammacher erklärt. Das Weitere wird sich aus der inzwischen gegen Dr. Fischer eingeleiteten Untersuchung ergeben.

[Der Compromiß über die Zuckersteuer.] Im Reichstage wurde gestern wieder einmal behauptet, es sei den Abg. Dr. Buhl und Gen. gelungen, dem famosen Compromißvorschlag zur Zuckersteuer — achtjährige feste Prämie in Höhe von 1,25 Mk. — die Mehrheit zu sichern. Das Gleiche ist schon vor 6 Wochen erzählt worden. Dergleichen Meldungen wird man erst Glauben schenken, wenn der Antrag im Reichstage eingebracht ist.

* [Zum Einfuhrverbot des amerikanischen Schweinefleisches.] Die „Berl. Polit. Nachr.“ schreiben: „Dem Vernehmen nach haben bisher keinerlei Verhandlungen zwischen der deutschen und der Regierung der Vereinigten Staaten wegen der Aufhebung des Einfuhrverbots von Schweinefleisch stattgefunden. Richtig ist nur, daß, wie schon wiederholt von amtlicher Stelle erklärt ist, die Reichsregierung die Wirkung des neuen amerikanischen Gesetzes betreffend die amtliche Controlle der Schweinefleischereien abwarten will, um ihrerseits mit der Aufhebung des Verbotes vorzugehen. Allerdings sollen gewisse Cautele gegen die Einfuhr kranker Schweinefleischereien insoweit geschaffen werden, als in Hamburg eine reichsamtliche Stelle eingerichtet werden soll, um den Import des amerikanischen Schweinefleisches zu überwachen und von Zeit zu Zeit durch Entnahme von Stichproben festzustellen, ob und inwieweit dasselbe den gesundheitspolizeilichen Anforderungen entspricht. Für die Vereinigten Staaten würde die Wiederaufnahme des amerikanischen Fleisches in Deutschland eine wirtschaftliche Maßregel von großer Bedeutung sein. Um so eher darf erwartet werden, daß seitens der Regierung der Vereinigten Staaten, soweit es mit deren eigenen Interessen vereinbar ist, den deutschen wirtschaftlichen Interessen in gleichem Maße Rechnung getragen werden wird.“ — Diese Erörterung scheint auf eine baldige Aufhebung des Einfuhrverbots hinzudeuten.

* [Ueber die Vertheilung der Bevölkerung auf Stadt und Land] nach der Zählung von 1890 sagen die Mittheilungen des statistischen Bureaus in Bezug auf die letzten 5 Jahre: In dem genannten Zeitraum ist die Bevölkerung

von H. W. Matemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 18847 der Danziger Zeitung.

Montag, 13. April 1891.

Reichstag.

96. Sitzung vom 11. April.

Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abgg. v. Meyer-Arnswalde und Lucius-Erfurt werden ohne Debatte nach dem Antrag der Commission beanstandet und die Veranstaltung der vorgeschlagenen Erhebungen beschlossen.

Die Wahl des Abg. Günther (Raumburg) beantragt die Commission für gültig zu erklären, aber über einzelne Protestpunkte Erhebungen zu veranlassen.

Abg. Richter legt dagegen Verwahrung ein, daß die Commission eine grobe Ueberschreitung der Befugnisse eines Kriegervereines — welcher seinen Mitgliedern unter Nichtachtung seines statutarischen unpolitischen Charakters zur Pflicht gemacht habe, für den Abg. Günther zu stimmen — für „unerheblich“ erklärt habe. Derartige Unfug von Kriegervereinen könne man unmöglich so weiter gehen lassen. Es gehe nicht, daß berart privilegierte Vereine, die das Recht hätten, Uniform, Fahnen mit besonderen Emblemen zu tragen etc., politische Agitation treiben dürften. Wenn die preussische Regierung derartige politische Agitation von Vereinen, die Privilegien genießen und nach ihrem von der Regierung bestätigten Statut sich der Beschäftigung mit Politik und Religion schlechterdings enthalten müssen, duldet, so muß wenigstens der Reichstag dem entgegen entgegen treten. Das hat er in seiner Majorität auch bisher stets gethan, noch neulich bei der Prüfung der Wahl meines Parteigenossen Jangemeister, welche wegen der Agitation von Kriegervereinen unter unserer Zustimmung beanstandet ist. Die Commission hat sich aber auch mit sich selbst in krassen Widerspruch gesetzt. In einem anderen heute ebenfalls auf der Tagesordnung stehenden Fall hat sie ausdrücklich solche Kriegervereins-Agitation für unzulässig erklärt und Erhebungen darüber beschlossen. Es ist völlig unbegreiflich, wie sie hier zu diesem Beschluß gekommen ist. Ueber die Kriegervereine und ihre Stellung werden wir doch bei nächster Gelegenheit eine gründliche Erörterung haben müssen. Dazu wird auch eine Forderung, die das hiesige Polizeipräsidium jetzt an die hiesigen Kriegervereine wegen Ausschlusses von Mitgliedern stellt, Anlaß geben. In diesem Falle will ich die Sache nicht weiter verfolgen, weil, wenn auch der ganze Bezirk, in dem der eine Kriegerverein agitiert hat, dem Gewählten abgerechnet wird, er doch die Majorität hat.

Abg. v. Hellmann (Rp.) bittet, die Frage bei dieser Wahl, wo die Beeinflussung durch das Flugblatt des Kriegervereins in Drohig nicht ausschlaggebend sei, nicht zu discutieren.

Abg. Singer (Soc.) schließt sich der Erklärung und dem Wunsch des Abg. Richter an.

Abg. Richter: Es wäre den Herren von der Rechten vielleicht sehr angenehm gewesen, wenn der diesmal von der Commission gefasste Beschluß ohne Gang und Klang in der Registratur begraben worden wäre. Wir haben aber von der Sinnesänderung der Majorität gebührend Akt genommen und auf sie hingewiesen. Das war unsere Pflicht, und für die spätere Entscheidung wird unser Hinweis auch seinen Werth haben.

Die Wahl wird darauf für gültig erklärt und die Anstellung der Erhebungen beschlossen.

Ohne Debatte werden die Wahlen der Abgg. Deh-

häuser (2. Anhalt), Poll (Wirtsh-Schubin) und Müller (Dortmund) beanstandet.

Die Entscheidung über die schon früher verhandelten Anträge der Wahlprüfungscommission bezüglich der Wahl des Abg. Grumbt (Pirna) speciell über die Frage, inwieweit der auch dort statigehabten Beeinflussung durch die Maßnahmen von Kriegervereinen eine Einwirkung auf das Gesamtergebnis zuzuschreiben sei, wird wegen Abwesenheit des Referenten und wegen schwacher Befehung des Hauses von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Nächste Sitzung: Montag.

Danzig, 13. April.

Der Vorsitzende des [Danziger Lehrervereins.] Der Vorsitzende gedenkt zunächst eines jüngst verstorbenen Mitgliedes, des Privatlehrers Neumann, dessen biederen Charakter er rühmend hervorhebt. Die Versammlung ehrt das Gedächtniß des Todten durch Erheben von den Sitzen. Nach kurzer Mittheilung des Hrn. Komosinski, den Verein für vereinfachte Rechtschreibung betreffend, hielt Herr Hengroth einen Vortrag über den physikalischen Unterricht in der Volksschule. Der Redner fasste seine Ausführungen in folgende Thesen zusammen: 1. Der Zweck des physikalischen Unterrichts ist, die Jugend zur Beobachtung und zum Nachdenken über die gewöhnlichsten Naturerscheinungen und besonders über die in der Haushaltung, die Lebensweise und das gewerbliche Treiben der Menschen beeinflussenden Naturkräfte und Gesetze anzuleiten. 2. Beim physikalischen Unterrichte bilden womöglich die Erscheinungen der Natur selbst den Ausgangspunkt; die ergänzend hinzutretenden Versuche (Experimente) dienen zur Gewinnung der Erklärung und zur Bestätigung der Gesetze. 3. Bei der Fülle des Stoffes hat der Unterricht sich auf diejenigen physikalischen Lehren zu beschränken, welche in den gewöhnlichen Naturerscheinungen und in den Verhältnissen des häuslichen und gewerblichen Lebens unmittelbar entgegenstehen. Die Versammlung nahm nach kurzer Debatte einen Bericht der Deputationsmitglieder über eine Unterredung mit dem Chef der städtischen Verwaltung entgegen. Sodann verlas der Vorsitzende ein Schreiben von dem Verein für Anabandhandarbeit, auf dessen Einladung sich eine Anzahl Mitglieder zur Theilnahme an einem Curfus bereit erklärt.

* [Ordnungsverletzung.] Der Lehrer Rämmerer zu Erzebuhr im Kreise Berent ist in den Ruhestand getreten und ihm bei dieser Gelegenheit der Adler des Hausordens von Hohenzollern verliehen worden.

* [Unfall.] Der Matrose Otto L. vom Dampfer „Autor“ hatte Sonnabend während des Verladens von Geschützen auf dem Dampfer das Unglück, von einer Lafette derartig auf den linken Unterschenkel getroffen zu werden, daß er einen complicirten Bruch derselben erlitt. Der Verunglückte wurde nach dem chirurgischen Lazareth in der Sandgrube geschafft.

* [Messer-Affäre.] Gestern Vormittag befanden sich zwei Männer auf dem Holzmärkte in einem Streit. Der Arbeiter Eduard W. von hier trat zwischen Beide, um den Streit zu schlichten, wobei er eine beträchtliche Messerschnittwunde an der linken Hand erhielt. W. suchte Hilfe im Stabtlazareth nach.

-w Elbing, 12. April. Eine Schwurgerichtsverhandlung gegen die Lehrerin Marie Meyer aus Riesenburg

wegen Meineid währte von Freitag Morgens bis 10 Uhr Abends und Sonnabend bis 12 Uhr Nachts mit wenigen kurzen Unterbrechungen. Es waren Zeugen aus Tilsit, Riesenburg, Dt. Eylau, Bromberg und selbst aus Erfurt geladen. Hr. M. ging gerechtfertigt aus den gegen sie erhobenen Anschuldigungen hervor und wurde freigesprochen. — Die Saatfäden in dem überschwemmten Einlagegebiete treten immer deutlicher hervor. Am meisten haben die Weizenschläge auf der „Großen Rampe“ gelitten. Auch in der Nähe des Wolfsdorfschen Ueberfalles müssen mehrere Saatfelder umgepflügt werden. Desgleichen scheint an den Fischerskampe gegenüberliegenden Durchbruchstellen das Umpflügen größerer Wiesencomplexe als nothwendig, weil dieselben so stark versandet sind, daß die Gräser unter dem Sande stoßen. — Im Draußen-Gebiet ist das Wasser von den Neustädtischen Ländern jetzt ganz zurückgetreten. Von den Herbswalder Ländereien stehen indeß noch gegen 70, von den Hansdorfschen, Althofischen und Lange-Reichischen noch über 150 Ar unter Wasser. Das Abmahnen des Wassers ist durch den fortgesetzt scharfen Wind sehr erschwert.

3 Marienwerder, 11. April. In einer kurzen Notiz haben wir bereits vor einigen Tagen auf die schweren Verheerungen hingewiesen, welche auch in diesem Jahre durch die Ueberfluthungen der Weichsel in der Münsterwalder Niederung angerichtet worden sind. Nachdem jetzt das Wasser vollends zurückgetreten und die Münsterwalder Chaussee auch für Fuhrwerke leidlich passierbar geworden, machten wir einen Ausflug nach jener durch die verderbenbringende Gewalt des Stromes schon oft heimgesuchten Gegend. Es ist ein trostloses Bild, welches sich dem Auge darbietet. Fast bis Münsterwalde hin ist der prächtige Niederungsboden in eine weite Sandwüste verwandelt, welche allein durch tiefe wassergefüllte Aushöhlungen unterbrochen wird. Aus dem gelben Sandwasser ragen nur das dürre Astwerk entwurzelter Stämme und die Kröten der Weidenbäume hervor. Ohne eigene Inaugen-Scheinnahme kann man sich kaum einen Begriff machen von der Mächtigkeit der Verfallungen. Auf der Chaussee thürmt sich der Sand bis zu einer Höhe von zwei Metern auf und wie durch eine Schlucht schlängelt sich der ausgeschaukelte Fahrweg. Von der nicht zu langen, besonders hart in Mitleidsenschaft gezogenen Strecke der Provinzialchaussee werden, wie man uns sagt, circa 7800 Cubikmeter Sand fortzuschaffen sein. Der gänzliche wirtschaftliche Untergang der Münsterwalder Niederung kann nach Ansicht der Anwohner nur durch Verlängerung des Fiedlitzer Flügelbeiches bis Rurabrach ober, wenn hiervon aus finanziellen Gründen Abstand genommen werden mußte, durch Festlegung des Ufers und der angrenzenden Flächen vorgebeugt werden. In jedem Falle müßte wenigstens etwas geschehen. Daran haben sowohl Staat als auch die Provinz ein Interesse, da der letzteren durch die fast alljährlichen umfangreichen Chaussee-Räumungsarbeiten stets wiederkehrende Opfer auferlegt werden. Ertönen die Rothschreie von hier auch nicht so laut und eindringlich wie aus anderen Gegenden, so ist doch die Noth nicht minder groß und darum Hilfe dringend geboten.

s. Flatow, 12. April. Ueber das Project, unsere Stadt mit Gaseinrichtung zu versehen, können jetzt

weitere Mittheilungen gemacht werden. Unser Bürgermeister hat sich mit dem Unternehmer in Bremen in Verbindung gesetzt, und es hat letzterer sich bereit erklärt, die sogenannte „Gasconcession“ zu erwerben. Es wird nunmehr unsere städtische Vertretung darüber zu berathen haben und steht mit Sicherheit die Annahme zu erwarten, um so mehr, als der Unternehmer alle Bauten und Einrichtungen für eigene Rechnung und Gefahr herrichten lassen will. — Aus dem für das Rechnungsjahr 1891/92 aufgestellten Kreishaushalts-Etat ist hervorzuheben, daß derselbe mit 236 000 Mk. balanciert. Aus den Einnahmen ist ersichtlich, daß aus der lex Huene dem Kreise die Summe von 83 000 Mk. überwiesen worden ist. Die Beiträge der Kreiseingefessenen belaufen sich auf 113 000 Mk., der Staatszuschuß auf 10 635 Mk. Bei den Ausgaben betragen die Kosten der Selbstverwaltung 26 560 Mk., die Chausseeverwaltung und Unterhaltung ca. 57 000 Mk. Die Zinsen und Amortisation für eine beim Reichs-Invalidenfonds aufgenommene Summe von 970 000 Mk. betragen 48 206 Mk. Zur Ansammlung eines Reservefonds zur Bezahlung der Grundentschädigung für den Eisenbahnbau Nakel-Ronitz sind 51 500 Mk. in den Etat eingestellt.

Thorn, 11. April. Die „Thorner Ztg.“ meldet als Curiosum: Das hiesige Postamt klebt auf ausländische Packet-Adressen einen rothen Bittel mit folgendem Vermerk: „Die Sendung befindet sich behufs Vertheuerung beim hiesigen Haupt-Postamte und ist dafelbst in Empfang zu nehmen. Kaiserliches Postamt I. Thorn“. Hier haben wir, meint das genannte Blatt ironisch, doch nun endlich mal von amtlicher Seite das offene Eingeständniß, daß der Zoll den inländischen Consumenten die Waare vertheuert.

A. Pillau, 12. April. Die Schifffahrt auf dem Frischen Haff ist nunmehr seit Mittwoch für alle Arten Schiffe eröffnet. Die Elbinger Tourdampfer „Egpreß“ und „Fris“, welche gestern von Elbing und Königsberg hier eintrafen, haben jetzt wieder ihre regelmäßigen Fahrten aufgenommen. — Durch den anhaltenden Ostwind ist der Wasserstand in der Haffrinne nach Königsberg zur Zeit recht niedrig geworden und es haben die die Fahrwinne passirenden beladenen Dampfer mitunter recht schwere Fahrt. Es sind auch bereits einige Dampfer festgekommen und konnten erst, nachdem sie einen Theil der Ladung in Borbingen geleichtert, weiterkommen. — Von Elbing sind bereits (in diesem Frühjahr die ersten) Torpedoboote, und zwar die preussischen Marine-Torpedoboote S. 54 und S. 57, sowie auch ein für die japanische Regierung erbautes Torpedoboot im hiesigen Hafen eingetroffen. An Bord des japanischen Torpedobootes befanden sich mehrere japanische Ingenieure und Marine-Offiziere.

V Bromberg, 12. April. Mit den Vorarbeiten zu der neuen Weichselbrücke bei Fordon ist nun begonnen worden. Sie beschränken sich jetzt auf die Absteckung der Lagerplätze für die Steine und Baumaterialien und die Herstellung eines sogenannten Arbeits- bezw. Zufuhrgeleises, welches sich vom Bahnhof Fordon bis zum Ufer der Weichsel hinzieht. Auf diesem sollen die ankommenden und zum Brückenbau zu verwendenden Baumaterialien auf die betreffenden Lagerplätze bis hinunter zur Weichsel geschafft werden. Zwei Cementschuppen, einer am jenseitigen, der andere am diesseitigen Ufer der Weichsel,

sind bereits von der Verwaltung durch den Zimmermeister Berndt von hier erbaut. Ferner erheben sich an der Chaussee vor der Stadt Fordon zwei mächtige in Fachwerk und Rohziegelbau errichtete Gebäude. In dem einen Gebäude soll das Baubureau etablirt und in dem anderen Hause Wohnungen für die Baubeamten eingerichtet werden. Bei den beiziehenden Arbeiten sind gegen 200 Arbeiter schon jetzt dort thätig. Die Zahl derselben wird sich natürlich bedeutend vermehren, wenn der eigentliche Bau im Gange sein wird. Die Rammarbeiten im Weichselstrome sollen schon in allernächster Zeit ihren Anfang nehmen. Gegenwärtig ist der Wasserstand der Weichsel noch immer etwas zu hoch. Die Lage der Brücke über den Strom wird bedingt einerseits durch die Lage des bestehenden Bahnhofes Fordon, andererseits durch die Lage der Stadt Fordon selbst. Die Bahnage liegt senkrecht zum Stromstrich. Um den Abzug des Eises und der Wassermassen möglichst zu erleichtern, ist für die Stromöffnung die Pfeilerentfernung zu 100 Meter, von Mitte zu Mitte gemessen, gewählt worden. Diese Weite stimmt nahezu mit derjenigen der benachbarten Weichselbrücken bei Thorn und Graudenz überein. Für die Pfeiler auf dem Vorlande beträgt die Entfernung 62 Mtr. von Mitte zu Mitte. Die ganze Brücke wird auf 19 Pfeilern erbaut und erhält 5 Stromöffnungen und 13 Fluthöffnungen, ihre Länge wird 1320 Meter betragen und mit eine der längsten eisernen Brücken Europas werden. Jeder der vier Strompfeiler soll auf Beton zwischen Pfahlwänden gegründet werden, während die Vorlandpfeiler auf Brunnen gesetzt werden sollen. Sämtliche Strompfeiler erhalten Verkleidung von Granitsteinen, die Vorlandpfeiler dagegen nur eine Granitverkleidung an den Vorköpfen. Außerdem werden alle Pfeiler gegen die Angriffe des Stromes durch starke Steinpakungen geschützt. Die Ueberbauten der Pfeiler werden ganz aus Stahl hergestellt und sollen 8 Millionen Kilogramm wiegen. Die Brücken-Fahrbahn ist derart eingetheilt, daß Eisenbahn und Straße (letzte 6,50 Meter breit) neben einander liegen und durch einen hohen eisernen Gitterzaun getrennt sind. Der Straßenverkehr ist daher vom Bahnverkehr ein ganz unabhängiger. Für den Fußgängerverkehr sind zwei auf Auskragungen außerhalb der Brückenträger angebrachte Wege vorgesehen. Die Straßenwege werden einen einfachen, die Straßenbahn einen doppelten Bohlenbelag erhalten. Der ganze Brückenbau soll, wie wir hören, 10 Millionen Mark kosten und nur drei Jahre dauern. Die Oberleitung des Baues führen die Herren Geheimregerungsrath Guche, Abtheilungs-Diregent der königl. Eisenbahn-Direktion, und der Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector Mehrens von hier. Der bauleitende Beamte in Fordon ist Bauinspector Matthes.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 11. April. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 210—224. — Roggen loco fest, mecklenburgischer loco neuer 190—198, russ. loco fest, 136—140. — Hafer fest. — Gerste fest. — Hübs (unversollt) ruhig, loco 62. — Spiritus fest, per April-Mai 36 Br., per per Mai-Juni 36 1/2 Br., per Juli-August 37 1/4 Br., per Septbr.-Okt. 38 Br. Raffee fest. Umsatz 2000 Gek. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6,45 Br., per August-Dezember 6,70 Br. — Wetter: Veränderlich.

Hamburg, 11. April. Zuckermarkt. Rübenrohrzucker 1. Product Basis 88% Rendement, neue Ufance, f. a. B. Hamburg, per April 13,85, per Mai 13,85, per August 13,97 1/2, per Dezember 12,75. Ruhig.

Hamburg, 11. April. Raffee. Good average Santos per April 86 1/2, per Mai 85 1/2, per Septbr. 80, per Dezember 72. Behauptet.

Bremen, 11. April. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 6,40. Sehr fest.

Saure, 11. April. Raffee. Good average Santos per

Mai 105,75, per Septbr. 100,50, per Dezember 90,50. Fest.

Frankfurt a. M., 11. April. Effecten-Gesellschaft. (Schluß.) Creditactien 264 1/2, Franzosen 216 1/2, Lombarden 102 1/2, Galizier 187 1/2, 4% ungar. Goldrente —, Gothaerbank 156,80, Disconto-Commandit 198,50, Dresdener Bank 149,90, Laurahütte 124,50, Gelsenkirchen 157,10. Fest.

Wien, 11. April. (Schluß-Course.) Oester. Papierrente 92,55, do. 5% do. 101,80, do. Silberrente 92,50, 4% Goldrente 110,80, do. ung. Goldrente 105,40, 5% Papierrente 101,30, 1860er Loose 139,25, Anglo-Aust. 162,00, Länderbank 218,75, Creditactien 302, Unionbank 239,50, ungar. Creditactien 344,50, Wiener Bankverein 114,25, Böhm. Westbahn 349, Böhm. Nordbahn 204,50, Busch. Eisenbahn 486,00, Dug. Bodenbacher —, Elbethalbahn 220,00, Nordbahn 278,50, Franzosen 246,50, Galizier 214,25, Lemberg-Gern. 245,75, Lombarden 118,25, Nordwestbahn 211,00, Pardubitzer 179,50, Alp.-Mont.-Act. 96,75, Tabakactien 161,50, Amsterd. Wechsel 96,00, Deutsche Plätze 56,92 1/2, Londoner Wechsel 116,00, Pariser Wechsel 46,00, Napoleons 9,22, Marknoten 56,92 1/2, Russische Banknoten 1,37 1/2, Silbercoupons 100.

Amsterdam, 11. April. Getreidemarkt. Weizen (per November 25). Roggen per Mai 178—179, per Oktbr 166—167—168—167.

Antwerpen, 11. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 16 3/4 bez. und Br., per April 16 1/4 Br., per Mai 16 Br., per Juni 16 1/4 Br., per September-Dezember 16 3/4 Br. Ruhig.

Antwerpen, 11. April. Weizen fest. Roggen behauptet. Hafer fest. Gerste behauptet.

Paris, 11. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per April 29,80, per Mai 29,80, per Mai-August 29,80, per Sept.-Dezbr. 28,90. — Roggen ruhig, per April 18,70, per Sept.-Dez. 18,20. — Weizen ruhig, per April 63,90, per Mai 64,10, per Mai-August 64,00, per Septbr.-Dezember 63,90. — Hübs behpt., per April 74,75, per Mai 75,25, per Mai-Aug. 76,25, per Sept.-Dezbr. 78,25. — Spiritus behpt., per April 41,50, per Mai 42,00, per Mai-August 43,50, per Sept.-Dezbr. 41,75. — Wetter: Veränderlich.

Paris, 11. April. (Schlußcourse.) 3% amortisirb. Rente 95,15, 3% Rente 95,05, 4 1/2 % Anl. 105,90, 5% ital. Rente 94,00, österr. Goldr. 97, 4% ungar. Goldrente 92,81, 3. Orientanleihe 78,31, 4% Russen 1880 —, 4% Russen 1889 99,10, 4% unific. Aegypter 497,18, 4% span. äußere Anleihe 76 1/4, conv. Türken 19,07 1/2, türk. Loose 76,30, 4% privilegierte türk. Obligationen 423,00, Franzosen 541,25, Lombarden 276,25, Lomb. Prioritäten 331,25, Banque ottomane 616,25, Banque de Paris 817,50, Banque d'Escompte 510,00, Credit foncier 1272,50, do. mobilier 403,75, Meridional-Actien —, Panamakanal-Actien —, do. 5% Obligat. 27,50, Rio Tinto-Actien 593,75, Suezkanal-Actien 2493,75, Gaz Parisien 1395, Credit Foncier 783,00, Gaz pour le Fr. et l'Etrang. 590, Transatlantique 560,00, B. de France 4390,00, Ville de Paris de 1871 406,00, Tab. Ottom. 352,00, 2 1/2 % engl. Consols 97, Wechsel auf deutsche Plätze 122 1/4, Londoner Wechsel kurz 25,19 1/2, Cheques a. London 25,21, Wechsel Wien kurz 214,50, do. Amsterdam kurz 206,43, do. Madrid kurz 486,50, C. d'Esc. neue 620, Robinson-Act. 56,25, Neue 3% Rente 93,70.

London, 11. April. Engl. 2 1/2 % Consols 96 3/4, Br. 4% Consols 104, ital. 5% Rente 93 1/2, Lombard. 11, 4% conf. Russen von 1889 (2. Serie) 99, conv. Türken 18 1/2, österr. Silberrente 80 1/4, österr. Goldrente 96, 4% ungarische Goldrente 91 1/4, 4% spanier 76 1/4, 3 1/2 % privil. Aegypter 94 1/4, 4% unific. Aegypter 98 1/4, 3% garantirte Aegypter 100 1/4, 4 1/4 % ägypt. Tributant. 97 1/2, 6% conf. Mexikaner 89 3/4, Ottomanbank 14 1/2, Suezactien 99, Canada-Pacific 81 3/4, De Beers-Actien neue 15 1/4, Rio Tinto 23 3/4, 4 1/2 % Rupees 77, Arg. 5% Goldanleihe von 1883 73, do. 4 1/2 % äußere Goldanleihe 45, Neue 3% Reichsanleihe 83 1/2, Silber 44 1/4, Plahdiscont 2 1/4. Aus der Bank flossen 20 000 Lfr. nach Deutschland.

London, 11. April. An der Rüste 3 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Narkhalt.

Petersburg, 12. April. Eine Mittheilung im „Regierungsboten“ bestätigt die von anderen Blättern gebrachte Meldung, daß sämtliche russische Actien-Bodencredit-Banken übereingekommen seien, mit dem 1. Juli d. J. die Ausgabe 6procentiger Pfandbriefe einzustellen. Ein von den genannten Banken gebildeter Aus-

schuß hat einen Plan für die facultative Umwandlung der bereits früher ausgegebenen 6procentigen Pfandbriefe in 5procentige entworfen und mit einer Gruppe von russischen Banken einen Vertrag wegen Unterbringung der 5procentigen Pfandbriefe abgeschlossen, welche für den gedachten Zweck einzuweisen in einem Betrage von 75 Mill. Rubeln emittirt werden sollen.

Newyork, 11. April. (Schluß-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4,86 1/4, Cable-Transfers 4,89, Wechsel auf Paris (80 Tage) 5,18 1/4, Wechsel auf Berlin (60 Tage) 95 1/4, 4% fundirte Anleihe 122, Canadian-Pacific-Actien 79 3/4, Central-Pacific-Act. 29 3/4, Chicago u. North-Western-Actien 107 1/4, Chic. Mil. u. St. Paul-Actien 59 1/4, Illinois-Central-Actien 97, Lake-Shore-Michigan-South-Actien 111 1/2, Louisville u. Nashville-Actien 77 1/4, Newy. Lake-Erie u. Western-Actien 19 1/4, Newy. Lake-Erie u. West. Second Mort-Bonds 100, Newy. Central u. Hudson-River-Actien 103, Northern-Pacific-Preferred-Actien 69 1/2, Norfolk u. Western-Preferred-Actien 53 ex., Philadelphia- und Reading-Actien 33 1/4, Atchinson Topeka und Santa Fe-Actien 30 1/4, Union-Pacific-Actien 47 1/2, Wabash, St. Louis-Pacific-Preferred-Actien 18 1/4, Silber-Bullion 97 1/4, — Baumwoll in Newyork 8 1/2, do. in New-Orleans 8 1/4, — Raffin. Petroleum Standard white in Newyork 6,85 bis 7,15 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,85 — 7,15 Gd., rohes Petroleum in Newyork 6,85, do. Pipeline Certificates per Mai —, Steig. — Schmalz loco 6,90, do. Rohe und Brothers 7,25, — Zucker (Fair refining Muscovados) 3 1/4, — Raffee (Fair Rio-) 20, Rio Nr. 7, low ordinary per Mai 17,12, per Juli 16,77.

Productenmärkte.

Königsberg, 13. April. Wochenbericht von Portatius u. Grothe.) Spiritus räumte sich, trotzdem die Zufuhren von ziemlichem Umfange waren, auf fast unveränderter Preisbasis und hat sogar für Locomoore eine unvorstellbare Einbuße erlitten. Im Termingeschäft ist eine lebhaftere Stimmung nicht zu constatiren. Der Frühjahrs-termin hat am Donnerstag, den 9. April, begonnen und endigt Mittwoch, den 3. Juni. Zugesührt wurden vom 4. bis 10. April 140 000 Eiter, gekündigt 55 000 Eiter. Bejahrt wurde loco contingentirt 69,60, 69 1/4, 69 1/2 M und Gd., nicht contingentirt 49,85, 49 3/4, 49,60 M und Gd., kurze Lieferung nicht contingentirt 49,60 M, April nicht contingentirt 49 3/4, 49,60 M Gd., Frühjahr nicht contingentirt 49 3/4, 49,60 M Gd., Mai-Juni nicht contingentirt 49 3/4, 49,60 M Gd., Juni nicht contingentirt 50 M Gd. Alles pro 10 000 Eiter % ohne Fah.

Stettin, 11. April. Getreidemarkt. Weizen fester, loco 212—219, per April-Mai 222, per Mai-Juni 222,00. — Roggen höher, loco 178—182, per April-Mai 186,00, per Mai-Juni 185,00, Pomm. Hafer loco 152—156. — Hübs unveränd., per April-Mai 61,00, per Sept.-Okt. 62,25. — Spiritus fester, loco ohne Fah mit 50 M Consumsteuer 71,00, mit 70 M Consumsteuer 51,30, per April-Mai mit 70 M Consumsteuer 51,50, per Aug.-Sept. mit 70 M Consumsteuer 51,90 M — Petroleum loco 11,30.

Berlin, 11. April. Weizen loco 203—230 M, bunt märk. — M a. B., per April-Mai 229,50—230,75—230,25 M, per Mai-Juni 226,25—228,25—228 M, per Oktober 213—212,75—214—213,75 M — Roggen loco Juni-Juli 226,25—228,25—228 M, per September-178—189 M, eine hier stehende Ladung inländ. 185,50 M bez., per April-Mai 189,25—190 M, per Mai-Juni 188,50—189,75—189,50 M, per Juni-Juli 188—189,50 bis 189,25 M, per Juli-August 183,25—185,25 M, per Septbr.-Oktober 178—179,75—176—176,50 M — Hafer loco 153—171 M, ost- und westpreuß. 160—163 M, pomm. und ukerm. 160—163 M, schlesischer 160—163 M, fein schlesischer 164—167 M ab Bahn, per April-Mai 163—163,50 M, per Mai-Juni 164—

Magdeburg, 11. April. Zuckerbericht. Kornzucker excl., von 92 % 18,50, Kornzucker excl., 88 % Rendement 17,60, Nachprodukte excl. 75 % Rendement 15,00. Ruhig, stetig. Brodraffinade I. 28,50, Brodraffinade II. —. Gem. Raffinade mit Fah 28,25. Gem. Melis I. mit Fah 28,20. Stetig. Rohzucker I. Product Transito f. a. B. Hamburg per April 13,85 bez., 13,87 1/2 Br., per Juni 13,87 1/2 Br., 13,92 Br., per Juli 13,90 Gd., 13,97 1/2 Br.

164,50 M, per Juni-Juli 164,75—165,50 M, per Sept.-Oktbr. 149,50—149,75 M — Mais loco 157—163 M, per April-Mai 151,50 M, per Mai-Juni 151—150,50—150,75 M, per Juni-Juli 150,75 M, per Juli-August 151 M, Sept.-Okt. 150,50 M — Gerste loco 140—185 M, Kartoffelmehl loco 24,25 M — Treibene Kartoffelmehl loco 24,25 M — Erbsen loco Futterwaare 145—153 M, Rohwaare 156—185 M — Weizenmehl Nr. 00 30,00 bis 27,50 M, Nr. 0 26,00 bis 23,50 M — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 25,75—24,50 M, ff. Marken 27,80 M, per April 25,90—26,00 M, per April-Mai 25,90—26,00 M, per Mai-Juni 25,85—25,95 M, per Juni-Juli 25,80—25,90 M, per Juli-August 25,30—40 M, per September-Oktober 24,70—24,80 M — Petroleum loco 23,2 M, per Sept.-Oktbr. 23,3 M, per Oktbr.-Nov. 23,5 M — Hübs loco ohne Fah 60,2 M, per April-Mai 61,0—61,1 M, per Mai-Juni 61,0—61,3 M, per Sept.-Oktober 63,2 M — Spiritus ohne Fah loco unversteuert (50 M) 72,8 M, ohne Fah loco unversteuert (70 M) 53,0—52,8 M, per April 52,7—52,2 bis 52,8—52,5 M, per April-Mai 52,7—52,5—52,8—52,5 M, per Mai-Juni 52,7—52,5—52,8—52,5 M, per Juni-Juli 52,9—52,8—53,0—52,8 M, per Juli-August 53,0—52,8—53,2—52,9 M, per August-Sept. 52,9—53,0—52,8—53,1—52,9 M, per September-Oktober 49,0—48,8—49,3—49,1 M, per Oktbr.-November 45,4 bis 45,1—45,4 M

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 11. April. Wind: NO. Angekommen: Corfande (GD.), Fisher, Middlesbro, Roßsen. — Elisabeth (GD.), Brechmolbt, Dünkirchen, leere Fässer. — Jupiter (GD.), de Jonge, Amsterdam via Kopenhagen, Güter.

Gefegelt: Cina (GD.), Köhler, Stettin, Güter. — Carl (GD.), Sörensen, Flensburg, Getreide und Aleie. — Skotland (GD.), Hansen, Sjög, Holz. — Joseph (GD.), Mc. Donald, Greenock, Zucker.

12. April. Wind: NO. Angekommen: Alma (GD.), Gademasser, Antwerpen, Güter. — Perseverance (GD.), Freear, Newcastle, Kohlen. **Gefegelt:** Colberg (GD.), Glidebrandt, Stettin, Holz und Güter.

13. April. Wind: SO. **Gefegelt:** Sufanna Marie, Riepe, Alieinsel, Holz. **Im Ankommen:** Dampfer „Freda“.

Plehnendorfer Kanalliste.

11. und 12. April. Schiffsgefäße. **Stromauf:** 4 Rähne mit div. Gütern, 1 Rahn mit Kohlen, 2 Rähne mit Zucker, 2 Rähne mit Kiefern Schnittholz. **Stromab:** Dombrowski, Freienhuben, 55 T. Weizen, Weigle, — Engelhardt, Thorn, 40 T. Spiritus, Jk, Danzig.

Thorner Weichsel-Rapport.

Thorn, 11. April. Wasserstand: 2,00 Meter. Wind: D. Wetter: trübe, kalt. **Stromab:**

Messolowski, 1 Rahn, Sponagel, Niesawa, Fordon, 150 000 Agr. Feldsteine. Gwandowski, 1 Rahn, do., do., 150 000 Agr. Feldst. Galatka, 1 Rahn, Anker, Niesawa, Fordon, 125 000 Agr. Feldsteine. Trzynski, 1 Rahn, Sponagel, Niesawa, Fordon, 225 000 Agr. Feldsteine. Roßlich, 1 Rahn, Cewinski, Moclawek, Danzig, 48 450 Agr. Weizen, 100 000 Agr. Erbsen, 3726 Agr. Weiz. Gienap, 1 Rahn, Aleist, Niesawa, Fordon, 120 000 Agr. Feldsteine. Gahke, 1 Rahn, do., do., 100 000 Agr. Feldsteine. Troike, 1 Rahn, Busse, do., do., 100 000 Agr. Feldst. Köhler, 1 Rahn, do., do., 90 000 Agr. Feldst. Andrieh, 1 Rahn, Kalinowski, Niesawa, Neuenburg, 100 000 Agr. Feldsteine. Strauch, 1 Rahn, Rohmann, Niesawa, Fordon, 75 000 Agr. Feldsteine. Barnitki, 1 Rahn, Anker, do., do., 60 000 Agr. Feldst. Gahke, 1 Rahn, Rohmann, do., do., 75 000 A. Feldst. Gieske, 1 Rahn, Kalinowski, Niesawa, Neuenburg, 100 000 Agr. Feldsteine.